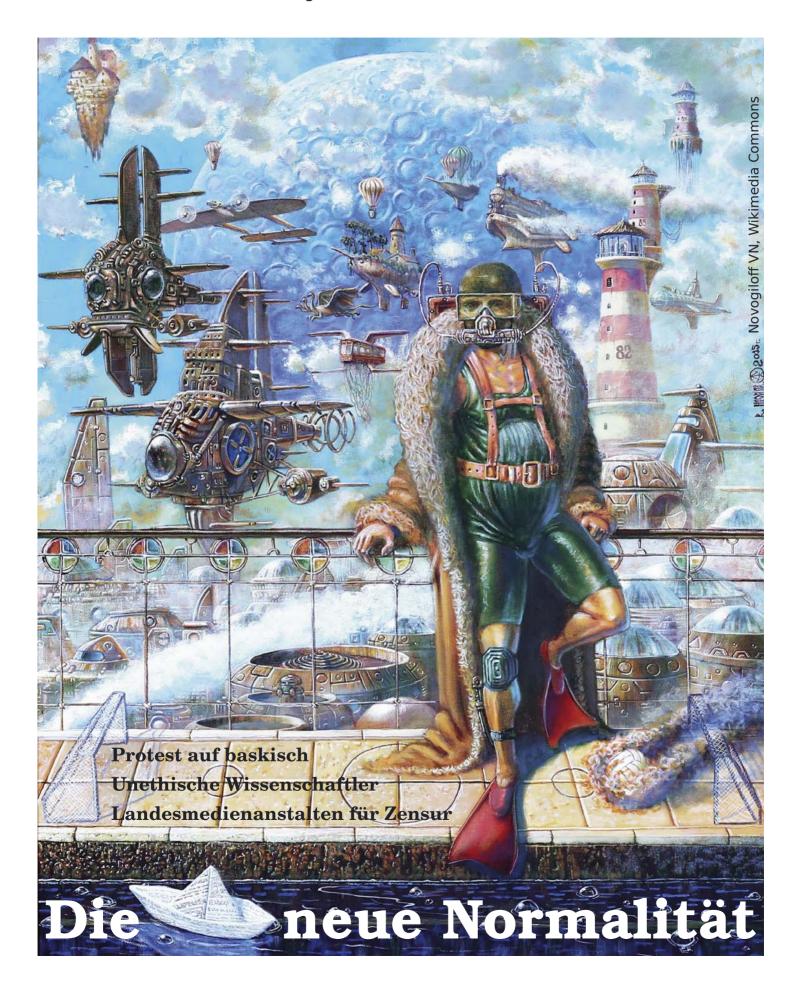






Ausgabe 4 - Südbaden im Juni 2021



Der Staatsfreund Nr.1

Ken Jebsens Informationsportal KenFM im Fokus der Zensur.

von Wolfgang Jeschke

Veröffentlicht am 13. Mai auf auf www.laufpass.com

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 5 (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Ken Jebsen, freier Journalist, Initiator und Kopf der unabhängigen Informationsplattform KenFM ist ein unbequemer Zeitgenosse. Unablässig legt er als kritischer Geist den Finger in die Wunden unserer Gesellschaft. Dabei nimmt er keine Rücksicht auf die sich wandelnden Normen der simulierten politischen Korrektheit.

Seine Sprache ist klar, seine Analysen sind scharf und seine Kritik ist beißend. Jebsen tut. was Journalisten als 4. Gewalt in freiheitlichen Gesellschaften zu tun haben: das Handeln der Mächtigen in Staat und Wirtschaft zu analysieren und den Menschen Informationen und Perspektiven zu liefern, damit sie sich eine eigene Position aneignen können. Seine Unbequemlichkeit machte ihn schon lange zum Bad Boy in der deutschen Presselandschaft - in der gemachten Krise versucht das System nun, ihn und andere Kollegen mundtot zu machen.

Die letzte Folge von Ken Jebsens "Me, Myself and Media" – "The Great We Set" ist auch ein Aufruf zum Ungehorsam. (1)

Ist Ken Jebsen ein Staatsfeind, den man mundtot machen sollte? Nein. Im Gegenteil. Das wäre in höchstem Maße unklug. Jeder Humanist, jeder Demokrat sollte sich schützend vor Jebsen und die anderen verfolgten Journalisten stellen. Selbst dann, wenn die Perspektiven und die Inhalte der Kommentare nicht geteilt werden.

Wenn man als Staat die Gesellschaft, das Staatsvolk, sieht und nicht die Institutionen, die die Staatsmacht verkörpern, dann ist Jebsen eher der Staatsfreund Nr. 1. Er will mit seiner journalistischen Arbeit einen Beitrag dazu leisten, dass unsere Gemeinschaft sich von Willkür, Machtmissbrauch, Korruption, Manipulation, Gewalt und Ausbeutung befreit. Jebsen greift dabei nie die Gesellschaft, nie die Menschen an - sondern begleitet jene kritisch, die an der Macht sind, immer mehr Macht an sich reißen und diese missbrauchen. Deshalb stören sich die Machthaber so an ihm. Er macht das nämlich gut.

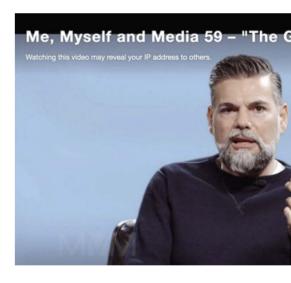
Die aktuelle Krise beweist, dass wir dringend hartnäckige Journalisten wie Jebsen brauchen. Der unerträgliche Pseudojournalismus der Altmedien verhindert eine Meinungsbildung der Bevölkerung. Schlimmer noch: Die Beiträge von ARD, ZDF, aber auch der meisten Privatsender und ehemals unabhängigen Zeitungen, tragen unverhohlen die Züge gleichgeschalteter Propagandamedien. Das merken die Zuschauer und Leser mittlerweile in großer Zahl. Die Auflagen der Zeitungen fallen im Sturzflug und die Einschaltquoten der Staatssender brechen ein.

Anders bei den unabhängigen Medien: ihre Nutzerzahlen wachsen wöin atemberaubendem chentlich Tempo. Ob KenFM, Rubikon.news, Boris Reitschuster, EpochTimes, 2020news.de, Achse des Guten, Nuo-Viso.tv, Wochenblick.at, Gunnar Kai-Pi-Politik Spezial, Lengsfeld, Milena Preradovic, Eva Hermann, Club der klaren Worte und so weiter (erweiterte Liste am Ende dieses Artikels): Sie erreichen mittlerweile Millionen Menschen und finanzieren sich überwiegend aus den freiwilligen Zuwendungen ihrer Leser und Zuschauer – Zwangsabgaben wie die acht Milliarden Euro für den Staatsfunk brauchen sie nicht.

Die Reichweiten freier Medien sind dem noch herrschenden Meinungs-



System ein Dorn im Auge. Das amorphe aber dennoch sichtbare System ist ein Konglomerat, das sich aus Staatsmedien, staatlichen Institutionen, staatlich finanzierten NGOS, staatlich kofinanzierten Altmedien und staatskooperativ gelenkten Social-Media-Plattformen gebildet hat. Letztere (Youtube, Twitter, Facebook) haben nicht nur den amerikanischen Präsidenten gecancelt. Sie sind die aktivsten Zensoren der Gegenwart und schützen die Massenmeinungsmaschine vor dem intelligenteren medialen Wettbewerb.



Nach Belieben löschen sie komplette Kanäle jener Medien, die ihre Plattformen so erfolgreich gemacht haben. Darunter auch der von Ken Jebsen, der über 500.000 Follower auf Youtube hatte, als das System ihn abschalten ließ. Diese radikale Strategie hat viele Folgen: Damit werden die unabhängigen Medienschaffenden nicht nur um ihre verdiente Reichweite gebracht, sondern auch gleichzeitig wirtschaftlich beschädigt. Das Ziel ist die Vernichtung - medial, persönlich und wirtschaftlich.

Gleichzeitig aber wird die Öffentlichkeit ihres Rechtes auf freie Information beraubt, das auch durch den Artikel 5 des Grundgesetzes geschützt ist. Die Zensur der Massenmeinungsmaschine engt weltweit den Debattenraum ein und verhindert die grundgesetzlich garantierte Freiheit, sich aus allgemein zugänglichen Quellen zu informieren.

Zensur ist verboten. Sie darf auch von Plattform-Monopolisten ausgeübt werden. Erst recht aber nicht durch den Staat, der sich ja gerade durch unabhängige Medien kontrollieren lassen muss. Diese staatliche Kontrolle und Zensur erstarkt in der dystopischen Corona-Inszenierung in drastischer Weise. Ein neuer Höhepunkt der Zensur: Landesmedienanstalten beginnen damit, zensierend in die Arbeit der Journalisten einzugreifen und bedrohen sie mit Abschaltung.

Sie fordern einerseits "Quellen" für Aussagen in Texten, Kommentaren und sogar bei klaren Meinungsäußerungen. Schon dieses Ansinnen ent-



behrt jeder Rechtsgrundlage. Ein Recht auf Quellen gibt es nicht. Und einen staatlichen Anspruch auf Quellen gibt es auch nicht. Auch ein Recht des Staates, Änderungen von Formulierungen zu verlangen, gibt es nicht. Der Staat hat sich damit abzufinden, dass freie Autoren mit ihren eigenen Worten die Welt beschreiben, wie sie sie sehen und ihre Meinung und Einschätzung in Kommentaren abgeben.

Es ist den Lesern und Zuschauern zu überlassen, die sprachliche Bewertung und Interpretation vorzunehmen – nicht einem staatsgetragenen Gebilde wie eine Landesmedienanstalt, die sich quasi wie ein Ministerium für Sprache und Wahrheit geriert.

Finden sich in den Texten rechtswidrige Inhalte, ist es Sache der Gerichte, darüber zu befinden – nicht Sache von partei- und staatsnahen Institutionen.

Der Gipfel der Zensur wird mit der Drohung der Abschaltung eines digitalen Informationsportals erreicht. Abschalten ist die neue Bücherverbrennung – nur schlimmer. Denn von einer Verbrennung bleibt noch die Asche. Nach einer digitalen Abschaltung sind alle Spuren verschwunden.

Berufsverbot, Nötigung, juristische Belästigung, Zensur, wirtschaftliche Vernichtung und die Manipulation der öffentlichen Meinung wären die Folgen solcher Unternehmungen, wenn wir sie zuließen. Wer glaubt, dass Derartiges im besten Deutschland aller Zeiten nicht möglich ist, der sei auf der Hut und verlasse sich nicht auf sein Unwissen.

Die Landesmedienanstalt mabb, zuständig für Berlin-Brandenburg, hat jetzt KenFM ins Visier genommen. Den Meinungs- und Formulierungswächtern gefallen vier Beiträge des unabhängigen Mediums nicht. Sie stammen nicht von Ken Jebsen selbst. Autoren sind der bekannte Facharzt Dr. Wolfgang Wodarg sowie der Autor Rüdiger Lenz. Wenig überraschend: Alle vier Artikel kritisieren die aktuelle Politik in der Corona-Krise und befassen sich mit Fragen der Impfung.

Die abstrusen Forderungen der mabb haben wir zum Download am Ende des Beitrages zur Verfügung gestellt. Es lohnt sich, diese einmal mit demokratischem Blick zu lesen. Es ist iedem Leser selbst überlassen, sich die Frage zu beantworten, ob dies mit der freien Meinungsäußerung, der Pressefreiheit und dem Recht auf ungehinderten Zugang zu Informationen in Einklang zu bringen ist. Die Drohung mit Abschaltung ist das Äguivalent zur Bücher- und Kunstverbrennung bei den Nazis. Es ist eifundamental faschistoide Strategie, Gegenströmungen gegen die herrschende Meinung zu eliminieren.

Am Rande sei bemerkt, dass die Altmedien insbesondere in der aktuellen Krise permanent und substanziell die Regeln des Presssekodexes brechen. Auch der Staatsfunk macht da keine Ausnahme. Sie sind die Dirigenten der Angst im internationalen Panikorchester. Mit permanenter gezielter

Desinformation, bedrückenden falschen Prophezeiungen, einer Flut an dramatisierenden Bildern und monströsen Zahlenaufbereitungen tragen sie die Hauptverantwortung für die Krise. Diese Werkzeuge der Pandemisten zu kontrollieren und auf die Einhaltung des Pressekodexes hinzuweisen, wäre eine lohnenswerte Aufgabe – auch für die Landesmedienanstalten.

KenFm ist nicht das einzige unabhängige Informationsangebot, das derzeit unter der Verfolgung durch die Landesmedienanstalten leidet. Die derzeit angegriffenen Portale sind:

www.kenfm.de

www.rubikon.news

www.blauerbote.de

Quellen und Anmerkungen:

(1) https://kenfm.de/me-myself-and-media-59/

Empfehlungen zum Thema:

Ken Jebsen zu den Angriffen der mabb: https://kenfm.de/mabbwenn-das-wahrheitsministerium-maulkoerbe-verteilt/

Die Epochtimes über die Angriffe auf die Pressefreiheit. https://www.epochtimes.de/ politik/deutschland/ landesmedienanstalt-in-derkritik-meinungsvielfalt-oderzensur-a3507550.html

Die Verfehlungen der Altmedien als Pandemietreiber: https:// laufpass.com/corona/diecorona-presse-und-der-pressekodex/

Weiterführende Links und Infos im Originalartikel:

https://laufpass.com/ gesellschaft/der-staatsfreundnr-1/

Entscheidungspingpong um die Prüfung von Kindswohlgefährdungen gem. § 1666 BGB

Veröffentlicht auf www.2020news.de am 22. Mai 2021



Am 14. Mai 2021 hat das Thüringer Oberlandesgericht den Rechtsweg zum Familiengericht wegen einer Kindswohlgefährdung möglichen durch Masken-, Abstands-Testpflicht in der Schule für unzulässig erklärt. Mit dieser Entscheidung sei das Sensationsurteil aus Weimar (1) aufgehoben worden und, so vermittelt die Berichterstattung in Spiegel, Focus etc., der Weg zu den Familiengerichten verschlossen. Es bestehen jedoch erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Entscheidung aus Jena. Zuvor hatte bereits das Ober-Karlsruhe landesgericht Zuständigkeit des Familiengerichts bejaht (2). Eine neue Entscheidung

Maske

Foto: news2020.de

des Oberlandesgerichts Bamberg vom 17. Mai 2021 bestätigt nun erneut, dass es das Familiengericht ist, das in der Frage einer möglichen Kindswohlgefährung durch die Massnahmen zur Prüfung verpflichtet ist.

Bislang liegt aus Thüringen nur eine Presseerklärung vor (3). Darin heisst es: "Auf die sofortige Beschwerde des Freistaates Thüringen hat das Thüringer Oberlandesgericht mit Beschluss vom 14.05.2021 den Beschluss des Amtsgerichts - Familiengericht - Weimar vom 09.04.2021 aufgehoben, den Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten für unzulässig erklärt und das Verfahren eingestellt.... Eine Befugnis des Familiengerichts zum Erlass Anordnungen zur Durchsetzung des Kindeswohls gegenüber Behörden bzw. Beamten dieser Behörden folge insbesondere nicht aus § 1666 Abs. 4 BGB. Behörden, Regierungen und sonstige Träger staatlicher Gewalt seien nämlich keine "Dritte" im Sinne der Vorschrift, gegen die in Angelegenheiten der Personensorge Maßnahmen getroffen werden könnten."

Wenn man dieser Argumentation folgen wollte, wären Kinder gegenüber staatlich veranlasstem Unrecht schutzlos gestellt, was bereits das Netzwerk Kritischer Richter und Staatsanwälte KRiStA in seinem Gutachten (4) festgestellt hatte: "Das familienrechtliche Verfahren nach § 1666 BGB ist in mehrfacher Hinsicht durch kinder- und kinderschutzbezogene Besonderheiten geprägt, wozu auch der Beschleunigungsgrundsatz gehört. Zudem sind die Verfahren vor den Verwaltungsgerichten antragsklageabhängig ausgestaltet, während der Gesetzgeber bei der Regelung des § 1666 BGB bewusst auf ein solches Erfordernis verzichtet hat. Letzteres ergibt sich aus der Funktion des staatlichen Wächteramtes, dessen Ausübung nicht von der Initiative Privater oder von Behörden abhängen kann (Staudinger/Coester (2020) BGB § 1666, Rn. 261)."

In der neuesten Entscheidung des Oberlandesgerichts Bamberg heisst es: "Vielmehr hat das Familiengericht aufgrund der Anregung nach pflichtgemäßem Ermessen Vorermittlungen anzustellen. Besteht tatsächlich ein die Verfahrenseinleitung rechtfertigender Anlass, muss das Familiengericht schliesslich ein (förmliches) Verfahren einleiten."

Seine eher formale Begründung: mit der Anregung nach § 1666 BGB, dem Anschreiben ans Gericht, sei – anders als bei einem Antrag im Verwaltungsrecht – noch kein gerichtliches Verfahren eröffnet, so dass es nichts gäbe, was ans Verwaltungsgericht verwiesen werden könne.

In beiden Verfahren ist die Beschwerde zum Bundesgerichtshof zugelassen worden.

Die 2020News UG regt derzeit massenhaft Prüfungen auf Kindswohlgefährungen gem. § 1666 BGB an. Jeder kann gefährdete Kinder melden. Die lokale Verifizierung der Meldungen erfolgt in Kooperation mit der Partei dieBasis (5). Hier nähere Information zu der Aktion (6).

Quellen und Anmerkungen:

- (1) https://2020news.de/sensationsurteil-aus-weimar-keinemasken-kein-abstand-keine-testsmehr-fuer-schueler/
- (2) https://2020news.de/beschluss-aus-karlsruhe-stuetzt-sensationsurteil-aus-weimar-rechtsbeugungsvorwurf-gegenrichter-ohne-grundlage/
- (3) https://gerichte.thueringen.de/aktuelles/presseinformationen/detailseite/keine-zustaendigkeit-derfamiliengerichte-zur-ueberpruefung-von-corona-schutzmassnahmen-an-schulen
- (4) https://netzwerkkrista.de/ 2021/04/27/aufsatz-corona-massnahmen-vor-dem-familiengerichteine-ungewoehnliche-entwicklung/
- (5) https://diebasis-partei.de/
- (6) https://2020news.de/bittegefaehrdete-kinder-melden-2020news-tritt-massenhaftkinderschutzverfahren-los/

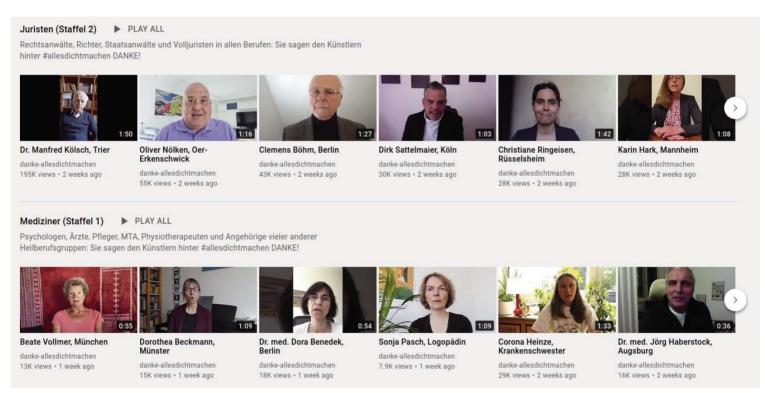
DANKE #allesdichtmachen

In der vorherigen Ausgabe Qfm.media wurde über die Aktion #allesdichtmachen von Kunstschaffenden berichtet. Inzwischen haben sich sowohl Ärzte als auch Juristen mit den, sich heftigsten Anfeindungen ausgesetzten, Künstlern solidarisiert. JS/Qfm

Der Berliner Notarzt und Publizist Paul Brandenburg etwa führt in seinem Video aus: "Die Filme von muss. Ich weiß, dass ich für viele Patienten. Ärzte und Wissenschaftler spreche, wenn ich den Künstlern sage: Danke für Euren Mut!"

Der Psychiater Matthias Gubitz verweist darauf, dass im Strategiepapier des Innenministeriums von einer "gewünschten Schockwirkung" die Rede sei: "Mit anderen Worten: Es soll Angst gemacht werden...50 Kulturschaffende, die ihr Brot im

ein, dass unsere grundgesetzlich garantierten Grundrechte auch bei entsprechenden Maßnahmen, ausreichende Beachtung finden. Denn wir erleben gerade die größten Grundrechtseinschränkungen seit Bestehen der Bundesrepublik. Das kann nun wirklich niemandem egal sein. Leider war es in den vergangenen 13 Monaten aus meiner Sicht sehr mühsam und bisweilen fast nicht möglich über das Thema Grundrechte sach-



Screenshot YouTube: Danke #allesdichtmachen

#allesdichtmachen sind eine geniale Kritik desVersagens unserer Regierung. Dieses Versagen hat ohne jede Not vieltausendfaches verursacht und unsere Gesellschaft schwer beschädigt. Hinter den Filmen kann ich keine andere Motivation erkennen als Mitgefühl und Menschlichkeit."

Damit reagiert der Mediziner auf Kritiker, die den Schauspielern Zynismus vorwerfen. Weiter ergänzt er: "Außerdem sind die Filme verdammt lustig. Und wenn ich eines zwischen all der Krankheit und all dem Sterben gelernt habe, das mich immer umgeben hat, dann, dass man dem Horror immer ins Gesicht lachen

wesentlichen Teil im Bereich der Medien verdienen, die sich nach Kräften an der Umsetzung der erwähnten Strategie der Angst beteiligen, haben sich aktuell dieser Angst gestellt, ja sie haben die Angst selber gestellt, indem sie diese mit den Mitteln ihrer Kunst lächerlich gemacht haben. Um die Angst zu dekonstruieren und die Angstmacher in ihrer Destruktivität zu demaskieren, setzen sie ihre Existenz aufs Spiel. Dafür gebührt ihnen höchste Anerkennung und Dank."

Inzwischen haben Juristen nachgezogen. Mitorganisator der Aktion Dirk Sattelmaier, Rechtsanwalt aus Köln, erklärt hierzu: "Seit Beginn der Corona-Krise setze ich mich dafür

lich und vor allem differenziert zu diskutieren. Eine funktionierende Demokratie aber braucht einen sachlichen Diskurs. Deshalb möchte ich als Rechtsanwalt den Machern und Teilnehmern der Aktion #allesdichtmachen meinen Dank und vor allem auch meinen Respekt aussprechen. Denn durch die mediale Aufmerksamkeit ist es möglich geworden, zumindest mit den Menschen, die an einem ernsten Austausch von Meinungen Interesse haben in einen dringend erforderlichen Diskurs gehen."

Protest auf baskisch

Auch auf der Iberischen Halbinsel regt sich Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen

Von Jan Schulz-Weiling

Fotos: privat, bereitgestellt vom Autor

Am 15. Mai 2021 fand im baskischen Vitoria-Gasteiz in Nordspanien ein Demonstrationszug mit Kundgebung unter dem Motto "Osasuna eta Askatasuna" (Gesundheit und Freiheit) statt. Etwa 3.000 Teilnehmer verliehen ihrem Unmut über die Corona Maßnahmen der Regierung Ausdruck.

Die Lage vor Ort ist eine ganz andere als in Deutschland. Im Frühjahr 2020 verhängte Madrid einen der härtesten Lockdowns weltweit, mit monatelangen, ganztägigen Ausgangssper-Ausnahmen ren. gab es Berufstätige sowie den Gang zum Supermarkt oder zur Apotheke. Spazierengehen oder Sport im Freien hingegen waren nicht erlaubt. Während man mit dem Hund vor die Tür durfte, waren Kinder und Jugendliche monatelang im Haus oder der Wohnung eingesperrt.

Inzwischen jedoch sind die Maßnahmen vor Ort viel lascher als in Deutschland. Seit dem Frühjahr 2020 hat alles wieder geöffnet. Auch Schwimmbäder und Sportstätten, bei neu eingeführter Terminvergabe. Zwar haben Bars und Restaurants in



"Das Licht wird siegen" (li.)
"Nein zum baskischen Covid-Gesetz" (re.)

der nueva normalidad verkürzte Öffnungszeiten und weniger Tische als sonst, aber ansonsten hat sich nicht viel geändert. Die Maskenpflicht im Baskenland kam später als in Deutschland, erst am 21. Mai 2020, dafür umso rigoroser. Sie gilt sowohl im Freien, als auch in geschlossenen



Karte: Baskische Tourismusbehörde

Räumen. Bis Ende März 2021 durfte man die Maske draußen absetzen, solange man den Mindestabstand von 1,5 m einhalten konnte. Diese Regelung wurde anschließend verschärft und gilt nun mit einigen wenigen Ausnahmen wie Essen oder Trinken immer. Also auch am Strand oder beim Wandern in den Bergen. Beim Individualsport im Freien gibt es zwar theoretisch abweichende Regelungen, in der Praxis tragen jedoch auch fast ausnahmslos alle Jogger und Radfahrer Maske. Eine massive Polizeipräsenz kontrolliert penibel genau den richtigen Sitz der Maske in Parks und Einkaufsstraßen. Jedes Wochenende stellt die Polizei Hun-

derte von "Vergehen" fest. Hinzu kommt die soziale Ächtung von Abweichlern. Menschen, die in der Bar vor und nach jedem Schluck die Maske Hochund Runterschieben sind zwar nicht die Regel aber auch keine Seltenheit. Dies hängt nicht zwangsläufig mit der Angst vor einer Infektion zusammen.

Ende des Notstands

Am 9. Mai 2021 endete der nationale Notstand und damit bestehende Bewegungseinschränkungen, so-

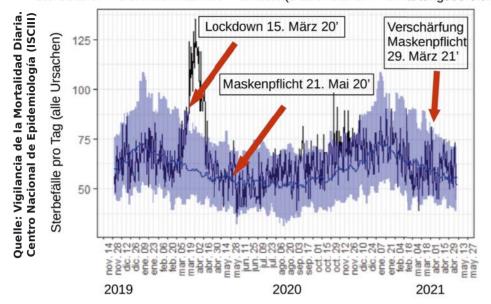
wie die nächtliche Ausgangssperre. Die Regionalregierungen haben diese teilweise verlängert. Im Baskenland sind derartige Bestrebungen vorerst vor Gericht gescheitert. Die Reaktionen auf die Öffnungen sind sehr unterschiedlich. Viele befürchten, dass nun alle Dämme brechen und "die

Zahlen hochgehen". In der Tat kursieren Videos aus Ballungsgebieten wie Madrid oder Barcelona mit Straßenszenen voller junger Menschen wie aus der Zeit vor Corona. Darüber wird viel geschimpft, ähnliche Szenen gab es jedoch auch bereits Anfang Mai beim erdrutschartigen Wahlsieg von Isabel Díaz Ayuso in Madrid, Präsidentin der Regionalregierung der Autonomen Gemeinschaft Madrid, den viele Beobachter ihrer liberalen Öffnungspolitik zuschreiben. Zugegebenermaßen trugen dort alle Maske – die auf regierungskritischen Demonstrationen von der Polizei angemahnten Abstände spielten jedoch auch dort keine Rolle. Der Beweis, dass sich derlei Szenen in der Realität auch tatsächlich negativ auswirken könnten, wurde auch hier noch nicht erbracht. Wissenschaftler der Gesellschaft für Aerosolforschung in Deutschland bezeichnen die Ansteckungsgefahr im Freien auch ohne Maske als äußerst gering und vernachlässigbar (1).

Unabhängig von Intensivbettenauslastung und vermeintlichen Neuinfektionen sind die Todeszahlen im Baskenland eher unauffällig. Im ersten Lockdown im März 2020 gab es zwar einen Anstieg – am schlimmsten Tag der Pandemie starben hier 130 Menschen (gut das Doppelte des Durchschnittswerts) – dazu zählten jedoch neben Virustoten auch Verkehrstote, Suizide, eventuelle der Pageschuldete nik Opfer Falschbehandlungen sowie alle anderen Arten des Dahinscheidens. Seither bewegt sich die Kurve mehr oder weniger "im Soll".

Die vom nationalen Amt für Statistik errechnete Übersterblichkeit im Baskenland zählt seit dem 15. März 2020 nach 15 Monaten Pandemie 1.992 Menschen – 1.724 davon älter als 74 Jahre (2). Im Baskenland leben etwa 2,2 Millionen Menschen. Derartige Beobachtungen und die Frage nach der Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen lassen sich auch hierzulande nicht unbefangen und kritisch diskutieren ohne in der Ecke der Negacionistas, also der Leugner, zu enden. Eine Diskussion

Sterbefälle: - Durchschnittswert - Erfasst (Blauer Balken = Erwartungsbereich)



darüber, wie eine Gesellschaft mit Krankheit und Tod umgehen möchte, ist unter diesen Bedingungen kaum möglich. Der Form halber sei erwähnt, dass natürlich der Verlust eijeden Menschenlebens eine Tragödie darstellen kann, umso mehr sollte dieser vermeidbar gewesen sein. Umso wichtiger wäre es daher, auf Bundesentwicklungsminister Gerd Müller zu hören, der davor warnt, dass an den Folgen der Lockdowns weit mehr Menschen sterben werden als am Virus (3).



"Glaubt noch jemand, dass all diese Maßnahmen etwas mit Gesundheit zu tun haben?'

Impfen und Covid-Gesetz

Die Impfbereitschaft in Spanien scheint insgesamt relativ ausgeprägt zu sein. Ausnahmen gibt es nach Aussage einzelner Pflegekräfte bei Krankenhausmitarbeitern und Ärzten, bei denen diese weniger hoch sein soll. Nichtsdestotrotz hatte die autonome Region Galizien versucht, eine Impfpflicht mit empfindlichen Geldstrafen einzuführen. Diese wurde Ende April vom Verfassungsgericht (zunächst) kassiert. Maßnahmenkritiker im Baskenland befürchten aktuell die Einführung eines Gesetzesentwurfs über den im Juni abgestimmt werden soll. Dieser würde einen massiv verschärften Bußgeldkatalog, die Aufhebung des Kündigungsschutzes bei Nichteinwilligung zu Tests oder Impfung, einen aufgeweichten Datenschutz sowie Privilegien für Geimpfte vorsehen. Ungeimpfte sollten demnach wenig Hoffnung haben, zeitnah auf die obligatorische Maske verzichten zu können. Auch darauf wollten die Demonstranten am 15. Mai aufmerksam machen. Die reichweitenstarken Medien der Region haben über den Protest allerdings kaum be-

Die bei den Demonstrationen kommunizierten Inhalte ähneln stark denen in Deutschland. Die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen wird kritisiert, außerdem die panikschürende Medienberichterstattung, der unkritische Umgang mit Zahlen und Schlussfolgerungen von PCR-Testergebnissen, das Ignorieren der Kollateralschäden, die Maskenpflicht sowie die geplante Einführung einer Überwachungsinfrastruktur mit digitalen Impfpässen. Gefordert wird eine vollständige Wiederherstellung der Grundrechte und eine ergebnisoffene, wissenschaftliche Debatte über die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen. Die Liste ist nicht vollständig.

Erwähnenswert ist, dass die Menschen vor Ort einen sehr guten Überblick darüber haben,

Deutschland passiert. Viele setzen große Hoffnungen in die Entwicklungen in den deutschsprachigen Ländern, so zum Beispiel in die Aktivitäten der Anwälte des Corona-Untersuchungsausschusses um Dr. Rainer Füllmich. Viele der Informati-Expertenvideos onen und Deutschland werden ins Spanische übersetzt, Gerichtsurteile und andere Entwicklungen breit diskutiert. Allerdings nur unter den Maßnahmenkritikern. Insgesamt herrscht zwar Unmut über die Maskenpflicht und Unverständnis über viele Maßnahmen, die Meisten gehen jedoch davon aus, dass sich das Thema dann mit der Impfung erledigt haben wird und einer Rückkehr in die alte Normalität nichts mehr im Wege steht.

Dass nur die massiven, im Zuge des Lockdowns, neu aufgenommenen Schulden den Laden am Laufen halten, hat sich noch nicht herumgesprochen (an dieser Stelle sei auf einen Artikel des Autors zum Thema verwiesen (4)). Zumindest nicht unter Akademikern und Beamten. Bei Selbstständigen sieht es vermutlich anders aus. Die Armut in dem seit der Finanzkrise von 2007/08 durchgehend gebeutelten Land wird durch die Maßnahmen nicht weniger werden. Davor warnen auch Mitarbeiter Weltgesundheitsorganisation der (WHO): "Lockdowns führen zu etwas, was man nie, nie kleinreden darf und zwar dazu, dass sie arme Menschen noch schrecklich viel ärmer machen." (5). Auch Armut ist pandemisch – und tödlich – die Frage ist, wann sich diese Einsicht durchsetzt.

Jan Schulz-Weiling promoviert und lebt in Bilbao.

Quellen und Anmerkungen:

- (1) https://www1.wdr.de/nachrichten/ landespolitik/aerosolforscher-gefahrcorona-ansteckungen-100.html
- (2) https://www.isciii.es/QueHacemos/Servicios/VigilanciaSaludPublicaRENAVE/EnfermedadesTransmisibles/MoMo/ Documents/informesMoMo2021/MoMo Situacion%20a%2011%20de%20mav-
- o CNE.pdf (3) www.reuters.com/article/afrika-virus-
- m-ller-idDEKCN26E0MN (4) https://www.rubikon.news/artikel/daszombie-finanzsystem
- (5) https://nypost.com/2020/10/11/whowarns-against-covid-19-lockdowns-due-toeconomic-damage/

Britische Wissenschaftler geben zu, bewusst Angst geschürt zu haben, um die Bevölkerung zu kontrollieren

Heute bezeichnen sie ihre Arbeit als «unethisch» und «totalitär».

Veröffentlicht am 22. Mai 2021 von RL. auf www.corona-transition.org

Seit über einem Jahr regieren die Behörden mit Angst und Schrecken. So auch in England. Um stetig Panik zu schüren, spannte die britische Regierung unter Premierminister Boris Johnson eigens eine Beratergruppe ein – die Scientific Pandemic Insights Group on Behaviours (SPI-B).

Ihren Auftrag schilderten die Mitglieder der Gruppe unlängst sehr offen gegenüber der Tageszeitung The Telegraph (1), worauf die Onlinezeitung Epoch Times (2) aufmerksam machte. Ihre Arbeit bezeichnen sie inzwischen als «unethisch» und «totalitär». Mitglieder der SPI-B hatten im März 2020 die Regierung instruiert, Schreckensszenarien an die Wand zu malen. Es galt, das Coronavirus als möglichst gefährlich darzustellen.

Dies, weil sich in den Augen der Beratergruppe eine beträchtliche Anzahl von Menschen zum damaligen Zeitpunkt noch immer nicht «ausreichend persönlich bedroht» gefühlt hätten. Die Aufgabe der SPI-B war es, die Angst entsprechend zu schüren, um die Bevölkerung besser kontrollieren zu können. Gavin Morgan, ein Psychologe des Teams, sagte gegenüber The Telegraph.

«Es ist klar, dass die Verwendung von Angst als Mittel der Kontrolle nicht ethisch ist. Die Verwendung von Angst hat einen totalitären Beigeschmack. Es ist keine ethische Haltung für eine moderne Regierung. Ich bin von Natur aus ein optimistischer Mensch, aber all dies hat mir eine pessimistischere Sicht auf die Menschen gegeben.»

Ein anderes Mitglied der Beratergruppe sagte über die Corona-Politik: «Ohne einen Impfstoff ist die Psychologie die Hauptwaffe (...). Die Psychologie hat eine wirklich gute Epidemie gehabt.»

Ein weiterer Forscher des SPI-B betonte, dass er fassungslos sei, wie die Verhaltenspsychologie im vergangenen Jahr zur Waffe umgewandelt worden sei. «Psychologen scheinen nicht bemerkt zu haben, dass sie aufhörten altruistisch zu



Bild von Лечение наркомании auf Pixabay

sein und manipulativ wurden. Sie haben zu viel Macht und das berauscht sie.»

Steve Baker, konservativer Politiker und Mitglied einer Gruppe von britischen Anti-Lockdown-Abgeordneten, äusserte sich hinsichtlich der Enthüllungen laut The Telegraph folgendermassen: «Wenn es wahr ist, dass der Staat die Entscheidung getroffen hat, die Öffentlichkeit in Angst und Schrecken zu versetzen, um die Einhaltung von Regeln zu erreichen, wirft das sehr ernste Fragen über die Art von Gesellschaft auf, die wir werden wollen.»



Baker befürchtet, dass die heutige Regierungspolitik dem Totalitarismus in die Hände spielt. Im Frühjahr 2022 soll nun anhand einer unabhängigen und öffentlichen Untersuchung durchleuchtet werden, ob die britische Regierung die Corona-Bedrohungslage hochgespielt hat, um die Lockdowns zu rechtfertigen und die Öffentlichkeit zu zwingen, sich an die Massnahmen zu halten.

Über die gezielte Manipulation der englischen Öffentlichkeit hat die

Schriftstellerin Laura Dodsworth inzwischen das Buch «A State of Fear» (Ein Zustand der Angst) verfasst. Das Buch behandelt den Einsatz psychologischer Kriegsführung der britischen Regierung während der «Pandemie».

Ein Wissenschaftler des SPI-B, der nicht näher genannt wird, sagte gegenüber Dodsworth, dass Angst gezielt als Taktik eingesetzt wurde. Im März 2020 sei die britische Regierung «sehr besorgt» darüber gewesen, ob die Bevölkerung die Massnahmen einhalten würde.

Vor diesem Hintergrund habe die Beratergruppe sich entschieden, zusätzlich Angst zu schüren.

Quellen:

(1) https://www.telegraph.co.uk/news/2021/05/14/scientists-admit-totalitar-ian-use-fear-control-behaviour-covid/(2) https://www.epochtimes.de/politik/ausland/britische-forscher-geben-zueinsatz-von-angst-zur-verhaltenskontrolle-in-covid-krise-war-totalitaer-a3518516.html

Der Widerstands-Burnout

Ausschließlich gegen etwas zu agieren, hat die Corona-Opposition in eine Sackgasse geführt — was wir jetzt bräuchten, wäre ein Bewusstseinsshift.

von Carolin Otzelberger

Dieser Artikel stammt von www.rubikon.news

RUB KON

Für viele Menschen waren die vergangenen 14 Monate emotional sehr herausfordernd. Wut, Fassungslosigkeit, Angst, Trauer und Ohnmacht in Anbetracht der Willkür, der Inkompetenz und der Falschbehauptungen von Entscheidungsträgern und Medien riefen bei vielen das Gefühl wach, "etwas dagegen tun zu müssen". Dabei findet der Aktionismus viele Ausdrucksformen, wie beispielsweise das Teilen rebellischer Social-Media-Posts, Versenden von Aufklärungsartikeln oder -videos im Freundes- und Familienkreis, der Besuch von Demonstrationen oder die Einleitung rechtlicher Schritte gegen "die Maßnahmen". Unbestritten haben all diese Dinge einen gewissen Effekt. Aber haben sie wirklich die Kraft, das Blatt zu wenden? Treiben sie die Aktivisten über die Zeit nicht vielmehr in einen Widerstands-Burnout? Gibt es möglicherweise effektivere, ja intelligentere Möglichkeiten?

Widerstand, zumindest im politischen Sinne, hat eine lange Tradition und ist nicht zufällig sogar im Grundgesetz der BRD als fundamentales Recht der Bevölkerung veran-Sichwidersetzen. Das insbesondere wenn es von vielen Menschen gleichzeitig praktiziert wird, ist eine machtvolle Veto-Möglichkeit, um denen "da oben" eine kla-Grenze setzen. **Z**11 Widerstandskämpfer haben wegen der Repressalien und Gefahren, die sie auf sich nehmen, oftmals etwas Heroisches, manchmal gar Märtyrerhaftes an sich.

Tatsächlich ist die Rebellion, das Aufbegehren, eine ganz natürliche Reaktion, die auftritt, wenn uns etwas gegen den Strich geht, wenn uns etwas missfällt. Interessant ist dabei, dass einige Menschen ungute Zustände sehr lange aushalten, bevor sie sich zu widersetzen versuchen, während andere sofort bei den ersten Anzeichen von Bevormundung, Manipulation oder Unterdrückung aufbegehren.

Entwicklungsbiologisch betrachtet, gehört die Rebellion eigentlich ins Teenageralter. Diese Phase markiert die Abnabelung vom Elternhaus und das oftmals fast radikale Freischwimmen von elterlichen Ansichten, Überzeugungen und Gewohnheiten.

An dieser Stelle könnte man schon zum ersten Mal ins Nachdenken geraten. Denn die nicht selten recht unbeholfene und pauschale Ablehnung



Bild von Ryan McGuire auf Pixabay

der elterlichen Autorität ist eben genau das: Die Verhaltensweise eines Heranwachsenden, eines Jugendlichen — nicht der klare, kraftvolle Akt eines reifen, erwachsenen Menschen.

Destruktion statt Kreation

Die eigentliche Krux am sogenannten Widerstand, insbesondere am gesellschaftlich-politischen, wie wir ihn derzeit erleben, liegt jedoch an anderer Stelle. Genauer gesagt, sind es zwei Aspekte, die das Sichwidersetzen — auch in Form von Aufklärungsarbeit — ineffizient und teilweise sogar kontraproduktiv machen:

Da wäre zum einen die spirituelle Binsenweisheit, wonach alles, was man bekämpft, stärker wird.

Das mag für den gewogenen Leser nach abgedroschenen, ollen Kamellen klingen. Tatsache ist jedoch, dass ein Großteil der sogenannten kritischen Menschen aktuell ihre Energie gegen etwas richtet: gegen die Maßnahmen, gegen den PCR-Test, gegen die Testpflicht, gegen die Impfungen oder auch gegen einzelne Personen.

Das ist nur allzu verständlich, schließlich sind es ja eben jene Dinge, die einem sauer aufstoßen und die das gewohnte, schöne, freie Leben empfindlich stören.

Dennoch gerät allzu sehr in Vergessenheit, dass dieses Dagegen zu keiner Lösung führt. Denn solange wir uns gegen etwas richten, hat dieses Etwas nach wie vor Macht über uns. Es bindet unsere Energie.

Frei nach Einstein bewegen wir uns damit auf der gleichen Gedankenoder Bewusstseinsebene, auf der der Stein des Anstoßes erschaffen wurde.

Tatsächlich erleben wir seit mehr als einem Jahr, dass Fakten und rationale Argumente kaum fruchten. Es scheint fast so, als wollten sowohl Politiker und Medien als auch Otto-Normalbürger gar nicht objektiv informieren beziehungsweise informiert werden.

Wenn die Menschen durch falsche, verzerrte oder erfundene Fakten manipuliert und hinters Licht geführt wurden, werden sie nicht durch "richtige" Zahlen und Argumente bekehrt werden. Das liegt daran, dass ursächlich nicht die rationalen Daten und Fakten zu einer bestimmten Geisteshaltung geführt haben, sondern die vehement vermittelten Emotionen. Diese Menschen denken und handeln also nicht auf Basis von rationalen Überlegungen, sondern aufgrund von (unbewusster) Angst. Vor allen Dingen dann, wenn diese Angst emotionalen Grundmuster entspricht — dazu später mehr.

Ansichten und Überzeugungen, die durch eine Verknüpfung von Fakten und Emotionen entstanden sind (beispielsweise Todesraten in Verbindung mit Horrorbildern), können also nicht durch eine Kombination anderer Fakten mit anderen oder ähnlichen Emotionen gelöst werden. Bei genauerer Betrachtung wird nämlich schnell deutlich, dass auch die sogenannten objektiven Zahlen und Daten vom vermeintlich aufgeklärten Teil der Bevölkerung nicht ohne Emotionen transportiert werden. Der Frust, die Verachtung gegenüber den Dummen, die all das glauben, oder die Angst vor Diktatur und Überwachung schwingen eben auch in der Aufklärungsarbeit ständig mit.

Selbst wenn es gelingen sollte, ganz nüchtern und sachlich zu argumentieren, ist es extrem schwierig und zäh, eine vorherrschende Meinung aufgrund von Fakten zu verändern. Einfach deshalb, weil diese bestehenden Ansichten mithilfe starker Emotionen ins Unterbewusstsein "eingebrannt" wurden und nicht einfach durch Logik aufgelöst werden können.

Der Widerstand gegen Maßnahmen, Manipulationen und Willkür ist vor allem deshalb zum Scheitern verurteilt, weil er sich innerhalb genau des gleichen gedanklichen Spielraums bewegt, welcher den Nährboden für die kritisierten Vorgehensweisen bildet. Meist nutzt er gar noch die gleichen Methoden.

Korruption, Machtmissbrauch und Inkompetenz von Parteien und Politikern zu bekämpfen, indem man neue Parteien gründet und neue Politiker installiert, funktioniert nicht — weil der Fehler im System liegt.

Der durch nicht in den Zusammenhang gesetzten Zahlen und Horrorbildern entstandenen Angst vor Corona mit schockierenden Bildern und absoluten Zahlen von Impfnebenwirkungen zu begegnen, funktioniert nicht, weil es darauf abzielt, eine andere Angst zu implementieren. Angst mit Angst aufzulösen, ist ein jämmerlicher Versuch.

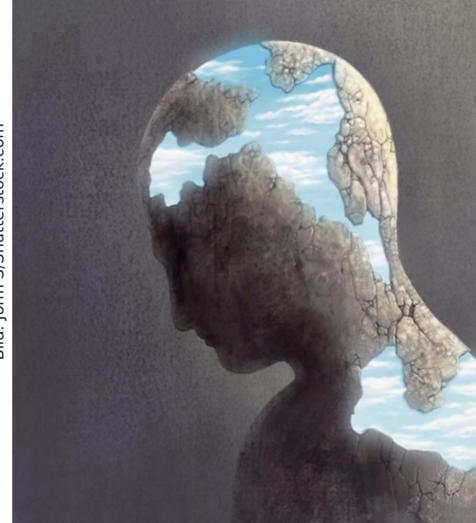
Aus dem gleichen Grund lässt sich die Zustimmung zu den Maßnahmen nicht durch das Pochen auf Angst vor Unfreiheit und Planwirtschaft beheben.

Widerstand speist sich aus Wunden der Vergangenheit

Hinzu kommt, dass viele Menschen, die aktuell Politik und Maßnahmen kritisieren, dies aus einer grundlegenden Emotionalität heraus tun. Bei manchen scheint es so, als ob nun endlich ein Anlass zur Verfügung stehe, um eine über viele Jahre hinweg aufgestaute Wut und Verbitterung ausleben zu können. Natürlich tut man das unter dem Deckmantel der Wahrheit. Jedoch ändert es nichts daran, dass Politiker und Entscheidungsträger als Zielscheibe und Projektionsfläche genutzt werden — für Emotionen von Unzufriedenheit, Ungerechtigkeit und Ohnmacht, die schon deutlich länger existieren als die jeweilige Person im Amt ist.

chen wir uns unbewusst immer wieder Anlässe und Gelegenheiten, durch die sie reaktiviert werden. Für manch einen ist die aktuelle Situation mit all dem offensichtlichen Versagen und den vielen Verstrickungen sowie den mutmaßlichen dunklen Plänen im Hintergrund eine sehr willkommene Gelegenheit, alte Verbitterung, Ohnmacht oder Aggression nun "mit gutem Grund" wieder ausleben zu können.

Bild: Jorm S/Shutterstock.com



Die zugrunde liegende Dynamik ist einfach zu verstehen:

Erfahren wir im Verlauf unseres Lebens Situationen, die uns emotional überfordern, bleibt uns oft nichts anderes übrig, als eben jene Emotionen wegzudrücken und zu verdrängen. Wo beispielsweise Wut und Aggression nicht konstruktiv ausgelebt werden können, müssen sie unterdrückt werden und verursachen ein Gefühl von Ohnmacht. Ähnliches trifft auf starke Trauer oder Angst zu.

Solange diese alten abgespeicherten Emotionen in uns schlummern, su-

Objektiv betrachtet, agieren auch viele Maßnahmenkritiker genau wie die Maßnahmenbefürworter aus — meist unbewusster — Angst heraus.

Nur ist es in ihrem Fall nicht die Angst vor einem Virus, sondern die vor Diktatur, Überwachung, Freiheitsberaubung und Ähnlichem. Unterm Strich ist die Reaktion aber ebenso emotional und oftmals überzogen wie die derjenigen, die das offizielle Narrativ verfechten. Auf beiden Seiten führt es dazu, dass Gefahren überschätzt und drama-

tisiert werden. In beiden Fällen ist es schwierig, ruhig und sachlich unterschiedliche Meinungen auszutauschen.

Auch die Ursache ist in beiden Fällen die gleiche: alte, im Unterbewusstsein abgespeicherte Ängste, die aus der eigenen Biografie resultieren. Im aktuellen Kontext zeigen sich darüber hinaus besonders stark Ängste, die im Familiensystem begründet liegen.

Nase zu fassen und ehrlich zu reflektieren, wo wir selbst emotional reagieren. Denn starke Emotionen sind immer ein Hinweis auf offene Wunden, die auf Heilung warten — egal, ob sie dem eigenen Lebensweg entspringen oder der Ahnenreihe.

Lassen wir diese Gelegenheit ungenutzt verstreichen, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass wir uns im Widerstand aufreiben. Das ist dann der Klassiker: Wir versuchen, äußere Realität getriggert werden, können wir bewusst agieren anstatt reagieren. Erst wenn unsere Energie nicht mehr in der Vergangenheit gebunden ist, können wir kreativ die Zukunft gestalten.

Ich habe kein Patentrezept dafür, wie wir eine bessere Welt gestalten. Das wäre auch die Denkweise des alten Paradigmas: Irgendjemand gibt eine Lösung vor und die Masse folgt.

Was ich jedoch ganz sicher weiß, ist, dass die Zukunft, die wir uns wünschen nicht das Produkt einiger weniger Führungspersönlichkeiten sein wird. Vielmehr ist der Weg dorthin ein organischer Prozess, orchestriert von einer universellen Intelligenz, die weit außerhalb des Kontrollraums unseres menschlichen Verstandes wirkt.

Er entsteht durch jeden Einzelnen von uns und jeder von uns steht in der Verantwortung, seinen ganz persönlichen Beitrag dazu zu leisten. Denn es braucht eine Neugestaltung in ausnahmslos allen Lebensbereichen und diese Veränderung kann nur eine kraftvolle Ursache haben:

einen Bewusstseinsshift bei uns Menschen.

In dem Moment, wo wir unsere Aufmerksamkeit vom Widerstand hin zur Kreation richten, entziehen wir den alten Systemen die Energie und erschaffen bewusst das Neue.

Unsere ureigene Schöpferkraft ist die stärkste Kraft, die wir haben.

Nutzen wir sie bewusst und weise.

"Die ersten Probleme, die man mit dem neuen Paradigma löst, sind meist die, die mit dem alten unlösbar waren." — Joel A. Barker.



So finden sich bei den sogenannten Zeugen Coronas häufig Erfahrungen von Verlust oder schwerem Leid durch Krankheiten in der Familienhistorie, die nun zu einer Überdramatisierung der Bedrohung durch das Virus führen.

Bei den Kritikern hingegen sind es schmerzhafte Erlebnisse in Form von Unterdrückung, Ungerechtigkeit, Denunziation oder Machtmissbrauch, die in den Zellen abgespeichert sind und derzeit getriggert werden.

Unter diesem Gesichtspunkt tun wir alle gut daran, uns an die eigene den Spiegel zu polieren, wenn uns nicht gefällt, was wir darin sehen ...

Geht's auch anders?

Das Klären und Aufräumen der eigenen Emotionen ist auch deshalb so wichtig, weil diese uns oftmals den Zugang zu kreativeren, innovativeren Möglichkeiten versperren. Denn das unreflektierte Ausagieren von Emotionen ist immer ein Automatismus, der einer gewohnten Überlebensstrategie entspringt.

Erst wenn wir nicht mehr durch die

RUB KON



Täglich das wichtigste ins Postfach?

nichtohneuns-freiburg.de

jetzt Newsletter abonnieren!



Gefällt Ihnen, was Sie lesen? Es fließt viel Zeit und Aufwand in all unsere Projekte auf und neben der Straße. Dabei entstehen uns Kosten. Wenn Sie uns unterstützen möchten, würden wir uns freuen!

DE61 1001 1001 2620 3569 10

BIC: NTSBDEBTXX

Betreff: "Qfm Spende Kto. R. Freund"

Patreon - https://www.patreon.com/Querdenken761

oder direkt per QR-Code:

25,00€



50,00€



100,00€



Die Beiträge dieser Publikation spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wider. Im Umkehrschluss teilen die Autoren der hier veröffentlichten Beiträge auch nicht notwendigerweise die hier veröffentlichten Positionen. Die Erlaubnis zum Abdruck bei externen Artikeln wurde im Vorfeld eingeholt. Externe Autoren haben keinen Einfluss auf Gestaltung und Inhalt des Mediums.

Impressum: Qfm Network, Multengutstrasse 33, 3074 Muri bei Bern, Schweiz